



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Hünfeld

Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion,
Uwe Heinicke, zum Haushaltsplan 2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

gestatten Sie mir, dass ich meine Ausführungen mit einem Zitat einleite. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat anlässlich der Flutkatastrophe 1962 in Hamburg den Satz geprägt: „In der Krise beweist sich der Charakter“ Zitat Ende!

Als ich vor rund einem Jahr vor diesem Gremium meine erste Haushaltsrede halten durfte, habe ich nicht daran geglaubt, dass uns die weltpolitische Lage, hier in unserem beschaulichen Hünfeld, noch mehr beschäftigen könnte. Zur Coronakrise, die bei Weitem noch nicht überwunden ist und der Klimakrise, die jeden verantwortungsbewussten Bürger beschäftigen muss, tobt inzwischen mitten in Europa ein verbrecherischer Angriffskrieg. Dieser führt zu enormen Fluchtbewegungen innerhalb unseres Kontinents und zu einer Energiekrise in einem Ausmaß, die zu enormen Verwerfungen im gesellschaftlichen Zusammenleben zu führen droht.

Die vordringlichste Aufgabe für uns als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ist es daher, unter diesen Vorzeichen für die Erhaltung des sozialen Friedens und für ein funktionierendes, gesellschaftliches Zusammenleben zu sorgen.

Voraussetzung hierzu sind geordnete Finanzen. Das der Haushaltsplan 2023 solide und umsichtig aufgestellt ist, hatten wir erwartet und das hat in Hünfeld auch gute Tradition.

Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbetrag von rund 451000 Euro aus, eine Deckung durch Rücklagen ist jedoch möglich. Auch der Finanzhaushalt gilt, da Mittel aus dem Förderprogramm „Hessenkasse“ zur Verfügung stehen, als ausgeglichen.

Genehmigungspflichtig sind lediglich die vorgesehene Kreditaufnahme von 4,5 Millionen Euro, die sich aus der erstmaligen Darstellung des Abwassersektors im Haushalt ergeben und die vorgeschlagenen Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in Höhe von rund 3,2 Millionen Euro.

Eine Besonderheit in dem vorliegenden Zahlenwerk stellt der Bereich Grundsteuer A + B dar. Ich hatte eingangs erwähnt, dass auch wir uns um Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger bemühen sollten. Das einzige Instrument, welches wir hierzu haben, ist eben die Grundsteuer. Somit stimmen wir dem weiterhin halbierten Hebesatz von 150 Prozentpunkten ausdrücklich zu. Wir bringen damit ein kommunales Entlastungspaket von ca. 900000 Euro auf den Weg.

Dies ist eine schnelle unkomplizierte Maßnahme, die direkt bei Mitbürgerinnen und Mitbürgern ankommt und steht auch im Gleichklang mit dem Entlastungspaket der Ampelkoalition in Berlin.

Allerdings, dies soll nicht unerwähnt bleiben, ist diese Maßnahme keine Blaupause für die Folgejahre. Einen solchen Hebesatz kann sich keine Kommune auf Dauer leisten. Der durchschnittliche Hebesatz in Hessen liegt übrigens bei 482. Das bedeutet, wir könnten hierdurch 2,9 Millionen Euro einnehmen. Selbst bei der Anwendung des Nivellierungssatzes von 365 kämen wir noch auf 2,2 Millionen. Für diese Hebesätze möchte ich keinesfalls werben, es soll aber deutlich machen, dass haushaltspolitisch einiges an Gestaltungsspielraum besteht.

Das Thema Kinderbetreuung in unserer Stadt ist für uns weiterhin ein Dauerbrenner und geht in die nächste Runde.

Hier sind wir im Bereich der Hardware, nämlich der zur Verfügung stehenden Gebäude, inzwischen auf gutem Wege. Die Kita „Arche-Noah“ ist fertig und in Betrieb, die neue Kita am Molzbacher Berg soll im nächsten Jahr in Betrieb gehen. Hier hat die Stadt Hünfeld kräftig investiert und weitere 175000 Euro sind für den zugehörigen Parkplatz eingestellt.

Auch für die bestehenden Kitas Heilig-Kreuz, Sankt Ulrich und St. Laurentius in Mackenzell sind beträchtliche Mittel zur Sanierung in diesen Haushalt eingeplant.

Weiter steht voraussichtlich ab nächstem Frühjahr ein neues Kinderhaus in der Innenstadt zur Verfügung. Hier soll ein niederschwelliges Angebot zur Betreuung entstehen.

Was uns allerdings tiefe Sorgenfalten in Gesicht treibt, ist die Software, damit meinen wir die Kinderbetreuung. Noch im letzten Jahr wurde uns angekündigt, man werde die Vorgaben des „Gute-Kita-Gesetzes“ bis zum Stichtag, dem 31.07.2022 umsetzen. Die Beantwortung des Bürgermeisters unserer Anfrage vom 31.06. dieses Jahres ergab aber, dass dies doch noch nicht vollumfänglich geschehen ist. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Rekrutierung von qualifiziertem Personal schwer und herausfordernd ist. Genau darauf haben wir aber schon in der letzten Wahlperiode hingewiesen und auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Der jedoch leider abgelehnt wurde. Die Klagen des Bürgermeisters über immer neue Vorgaben und der mangelnden initiative des Landes hinsichtlich der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern können wir nachvollziehen. Hier wurde einiges versäumt. Sie hatten mich ja, Herr Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede persönlich angesprochen und mir die Anregung mit auf den Weg gegeben, ich solle mal mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern meiner Couleur reden. Die würden am lautesten schimpfen und hätten teilweise schon resigniert. Dieses Gespräch hat schon einige Zeit vor Ihrem Hinweis stattgefunden. Herr Stadtrat Peter Helm und ich haben unlängst an einem landesweiten Kongress teilgenommen.

Hier hatten wir Gelegenheit mit Ihren Kollegen und auch mit Landespolitikern über genau dieses Thema zu sprechen. Allerdings haben wir, entgegen Ihrer Darstellung, keine Resignation verspürt.

Vielmehr ist uns in den Gesprächen die Hoffnung begegnet, dass sich nach den Landtagswahlen im nächsten Oktober in Wiesbaden andere Mehrheitsverhältnisse ergeben und sich dann einiges zum Guten kehrt.

Bedeutend für unsere Stadt ist ein breites Angebot an Arbeitsplätzen. Hier zeichnen sich weiterhin positive Tendenzen ab. Der Neubau der Fa. Tegut im Logistikpark nimmt allmählich Formen an. Die Firma DHL plant einen neuen HUB im Industriegebiet Nord und die HZD soll dem Vernehmen nach, einen Neubau in unserer Stadt planen, für den bereits 32 Millionen Euro im Doppelhaushalt des Landes Hessen eingeplant sind. Gut, dass das vom Bürgermeister angekündigte Baugebiet, dass auch hinsichtlich der Energieversorgung anders gestaltet werden soll als bisher gewohnt, mittlerweile konkret wird, denn wir benötigen in unserer Stadt dringend Wohnraum. Hier muss es aber weiterhin unser Ziel sein, auf Innenverdichtung zu setzen. Das Förderprogramm zur Beseitigung von Leerstand, dass auf Anregung der SPD-Fraktion schon aus 2017 geschaffen wurde, soll fortgeführt und sogar nach ausgeweitet werden. Was hierzu aber überhaupt nicht passt, dass andererseits in den Ortskernen Einschränkungen im Bereich Photovoltaik gemacht werden. Die Stadt nimmt einerseits Geld in die Hand vorhandene Gebäudesubstanz zu revitalisieren, bremst aber mögliche Interessenten durch völlig aus der Zeit gefallene Einschränkungen aus. Wir hatten seinerzeit dazu einen Änderungsantrag zur Baugestaltungssatzung eingebracht, der bedauerlicherweise abgelehnt wurde.

Abgelehnt wurde auch unser Antrag zur Beleuchtung des „Flurküppelweg“. Das ist für uns deshalb bedauerlich, weil es uns um einen sicheren Schulweg für unsere Schulkinder und ein positives Sicherheitsgefühl für deren Eltern ging.

Einen weiteren Antrag zur Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen, im Bereich der Nüster Straße in Mackenzell haben wir in der letzten Sitzung eingebracht. Wir sind sehr gespannt, wie dieser beschieden wird!

Ein weiterer unserer Anträge, der abgelehnt wurde, war der bzgl. der Verlinkung des Solarkatasters mit der Homepage der Stadt Hünfeld. Hier hatte der Magistrat sogar zugestimmt. Trotzdem die Ablehnung der CDU-Fraktion. Reine Blockadepolitik!

Somit schlage ich auch einen Bogen zum Thema „Erneuerbare Energien“.

Für den Bereich der Kläranlage sind 900000 Euro für Photovoltaik vorgesehen, um im Bereich der Stromversorgung mögl. autark zu werden. Weitere 100000 Euro sind eingeplant, sollten sich weitere Möglichkeiten ergeben und auch im Wirtschaftsplan der Stadtwerke GmbH sind 6,3 Millionen Euro eingeplant, um einen Solarpark zu errichten. Warum dies allerdings unter Beteiligung eines Investors geschehen soll, erschließt sich uns nicht.

In meiner letztjährigen Haushaltrede habe ich bereits erwähnt, und da wiederhole ich mich gerne, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn wir die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger dafür erhöhen.

Das gelingt dann, wenn die, die mit den Anlagen leben müssen, auch damit Geld verdienen. Der Investor könnte sicher auch durch eine städtische Energiegenossenschaft ersetzt werden.

Im Bereich der Privatgebäude finden wir nach wie vor zu wenig Photovoltaikanlagen. Hier kommen wir nicht mit den bereits erwähnten Einschränkungen weiter, sondern durch zusätzliche, neue Anreize. Meine Fraktion wird hierzu im neuen Haushaltsjahr einen entsprechenden Vorschlag einbringen. Gut, dass wenigstens unserem Antrag zur Einführung einer Kaskadenmessung stattgegeben wurde.

Was derzeit offensichtlich völlig ausgeblendet wird, ist das Thema Windenergie. Inzwischen sind in Hünfeld die ersten Projektierer unterwegs.

Wir hatten im letzten Jahr vorgeschlagen auch dafür eine Genossenschaft zu gründen, an der sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt beteiligen könnten. Alternativ könnten auch die Stadtwerke als Betreiber auftreten.

Besorgniserregend ist auch die Entwicklung unserer Innenstadt. Der Erfolg ihrer seitherigen Bemühungen, Herr Bürgermeister, ist da eher ernüchternd.

Einige Überlegungen ihrerseits, zum Beispiel durch eine After-Work-Party oder eine Kinderbetreuungseinrichtung mehr Frequenz in der Stadt zu erzeugen, sind jedoch zu begrüßen.

Was dagegen aus unserer Sicht kontraproduktiv ist, ist die beschlossene Erhöhung der Parkgebühren zum 01.01.2023. Dabei ist es völlig unerheblich, ob die Gebühren hoch oder niedrig sind. Wir glauben, dass eine Erhöhung, angesichts der derzeitigen Verfassung unserer Einzelhandels- und Gastronomiestruktur das falsche Signal ist.

In der Innenstadt macht ein Laden nach dem anderen zu und einigen fällt nichts Besseres ein, als die Parkgebühren zu erhöhen. Die Vorstellung des Bürgermeisters, möglichst Studentickets zu verkaufen, um den Besucher länger in der Stadt zu halten und zum Bummeln zu motivieren, ist zwar eine schöne Vorstellung, aber leider unrealistisch.

Vielmehr etabliert sich zunehmend die Praxis „Click & Collect“ als praktiziertes Einkaufsverhalten. Dabei sucht der Kunde auf der Internetseite des stationären Fachhändlers den gewünschten Artikel aus, prüft, ob dieser verfügbar ist, reserviert diesen und fährt dann in die Stadt um denselben abzuholen. Wenn wir als Politik hierzu nicht die Rahmenbedingungen schaffen, beispielsweise durch Einführung der Brötchentaste, treiben wir die Konsumenten geradeaus Amazon und Co. in die Arme.

Wir waren die einzige Fraktion, die gegen die Erhöhung gestimmt hat. Deshalb appellieren wir nochmal an alle Kolleginnen und Kollegen: Überdenken Sie Ihren Entschluss, im Interesse unseres Einzelhandels und der Gastronomie. In der nächsten Stadtverordnetensitzung haben sie bereits dazu Gelegenheit, wie heute der zugegangenen Tagesordnung zu entnehmen war.

Abgelehnt und somit nicht im Haushalt sichtbar, wurde auch unser Antrag zur Bürgerbeteiligung im Onlineformat bezüglich der Erweiterung unseres Bürgerparks. Dieses hätte so gut wie keine Kosten verursacht. Umso erstaunter waren wir, meine Damen und Herren, dass vorgesehen ist, zu gleichem Zweck für viel Geld eine Studie in Auftrag zu geben.

Mit Blick auf die zurückliegenden heißen Sommer der letzten Jahre hatten wir einen Vorschlag zur Beschaffung von schattenspendenden Spielgeräten unterbreitet.

Mit dem Argument, man könne den gleichen Effekt auch durch preiswertere Geräte erzeugen, wurde auch dieses abgelehnt. Leider finden wir dazu aber nichts, oder nur wenig im Haushaltsplan.

Lediglich 100000 Euro haben wir da gefunden. Das macht bei ca.30 Spielplätzen jeweils rund 3300 Euro aus.

Damit wird wenig auszurichten sein.

Einiges wäre noch zum Radwegekonzept zu sagen, aber in Anbetracht der zu Ende gehenden Redezeit begrenze ich mich auf den Hinweis, dass wir daran aktiv mitgearbeitet haben und unsere Anliegen, insbesondere zukunftsweisende Fahrradabstellanlagen mittlerweile im Haushalt berücksichtigt sind.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, die in Vereinen, Verbänden und in unserer Feuerwehr herausragende Arbeit im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten.

Herzlichen Dank auch an Herrn 1. Stadtrat Stefan Schubert und seinen Mitarbeiter Herrn Joachim Wehner, die uns und anderen Fraktionen in kollegialer Sitzung auch in diesem Jahr wieder kompetent zur Seite gestanden haben.

Meine Damen und Herren, ich habe einiges positiv erwähnt, aber auch einiges an Kritik vorbringen müssen. In der Bilanz und der Abwägung aller Faktoren hätten wir auch gute Gründe gehabt, diesen Haushalt abzulehnen. In Zeiten der Krise sollten wir aber als Demokraten zusammenstehen und stimmen dem Haushalt zu. Ganz nach einem weiteren Motto Helmut Schmidts der gesagt hat, ich zitiere: „Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“ Zitat Ende.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!